

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis mit monatlich Postgebühr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgauerstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörung usw. erschießt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Genehmigungs-Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnen 7 Goldpfennig, für Anzeigen am öffentlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschl. Umschlager. Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesalle.

Nr. 125.

Dienstag, den 18. Oktober 1932.

35. Jahrg.

Der Reichskanzler vor dem Handwerk.

Der Reichskanzler ist, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet kommend, wieder in Berlin eingetroffen. Er wird am 24. Oktober bei der Berliner Handwerkskammer eine Rede halten, in der er voraussichtlich auch auf den Hosen Brief zu sprechen kommen wird, den der frühere Reichspräsident Löbe im Vorwärts am Sonntag veröffentlicht hat.

Die nächsten Arbeiten des Reichskabinetts werden wohl erst im zweiten Teil der Woche stattfinden, da gegenwärtig mehrere Kabinettsmitglieder außerhalb Berlins sind: Reichsgruppenminister von Seeliger, Reichsgruppenminister Graf Schwerin, Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Reichsinnenminister Freiherr von Seyd. Zu Finanzminister im Hinblick gegenwärtig die Vorbereitung zur Überleitung der Preußenkasse in den Mittelteil des Reiches statt. Reichsinnenminister Freiherr von Seyd traf zu seiner Reise in die bayerische Ostmark in Hof ein. Aus München kamen der bayerische Innenminister Dr. Stöckel und der Vertreter des Reiches, Freiherr von Seyd. Außerdem hatten sich auch der Regierungspräsident von Dortmund, der Oberbürgermeister, die Leiter der Hoyer Polizei und der Landespolizei sowie die Vorstände des Oberbürgermeisters eingefunden. Nachdem die Minister noch eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister gehabt hatten, wurde die Kasse mit zwei Kraftwagen angetrieben. Die Kasse übernahm an diesem nach Schick und Martredewitz, wo Ministerpräsident Dr. Seel hin-zutrat. Es war behauptet worden, daß die Kasse des Reichsinnenministers den Zweck verfolgte, mit dem bayerischen Innenminister eine Aussprache über die Verfassungsfragen herbeizuführen. Das Reichsinnenministerium erklärt hierzu, daß die Besichtigungsreise des Reichsgruppenministers in die bayerischen Ostgebiete schon seit längerer Zeit mit der bayerischen Regierung vereinbart gewesen sei und daß infolgedessen die oben genannte Meldung nicht den Tatsachen entsprechen könne.

Kanzlerrede in Baderborn

Zu der überfüllten mehr als 6000 Personen fassenden Schützenhalle zu Baderborn sprach auf einer Tagung der Vereinigten Wirtschaftsverbände Baderborns und Umgebung Reichskanzler von Papen.

Der Reichskanzler ging zunächst auf den Wirtschaftszustand der Reichsregierung und die Ziele der Wirtschaftspolitik ein. Der Kanzler sagte dabei u. a. folgendes:

Was wir wollen, ist ausgesprochene Mittelfristpolitik, ist ein wirtschaftlicher Wiederaufbau auf breiterer Grundlage. Nur so sind auch die Opfer zu rechtfertigen, die wir in Durchführung unseres Programms vom Lande fordern müssen.

Der Reichskanzler ging dann auf die Arbeitsbeschaffungsfrage ein und betonte die Wichtigkeit der Regierung, Arbeitsbeschaffungspläne, die aus dem starken Drang, zu helfen, entstanden sind, zu erörtern. Eine Vorbedingung müssen aber alle vorgelegenen Maßnahmen erfüllen: die Arbeiten müssen produktiv sein und dürfen Währungs- und Kredit nicht außer Spiel setzen. Der Kanzler wies dabei auf die Auftragserteilung durch die öffentliche Hand, Reich, Länder und Gemeinden sowie Reichsbahn und Reichspost hin und erwähnte dann die bereits in seiner jüngeren Rede erwähnte Geschäftsbelebung und Entlastung des Arbeitsmarktes.

Übergehend zur sogenannten Vorkriegsleistungsordnung vom 5. September, betonte der Kanzler, daß die Schwierigkeiten, die zunächst entstanden, durch Zusammenwirken von Unternehmer und Reichsbahn bereits zum größten Teil gelöst seien, so daß eine Überwindung des Wirtschaftskrisens nicht mehr zu befürchten sei. Der Kanzler wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten hin, da nur eine friedliche Durchführung des Wirtschaftsplanes die Möglichkeit gebe.

Die Arbeitslosenunterstützung für den Winter sowie gewisse Sozialleistungen zu erhöhen.

Der Kanzler behandelte dann handelspolitische Fragen. Der Kritik an der Regelung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte stellte er die Söldnerung der schweren Notlage der Landwirtschaft gegenüber, die zu der Notwendigkeit führe, die Einfuhr gewisser Lebensmittel einer Regelung zu unterwerfen. Gerade

Die Biermächtekonferenz noch völlig aussichtslos

In Berliner politischen Kreisen wird nach Lage der Dinge damit gerechnet, daß die Verhandlungen über die Abhaltung der Biermächtekonferenz auf Mitte November verschoben werden dürfte.

Diese Annahme stützt sich, wie verlautet, vor allem auf Gerüchte, die in Paris und London umlaufen. Die Meldung, daß die Engländer am Sonnabend in Berlin angetraut hätten, ob die Ablehnung des Genfs, das nachträglich auf Wunsch Herrits in seinen Vereinbarungen mit Macdonald als Tagungsort vorgeschlagen worden war, das letzte Wort der deutschen Regierung sei, trifft nicht zu. Vielmehr scheint es so, als ob man in London vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen will. Eine Besprechung zu zwei zwischen Macdonald und dem Reichsaussenminister oder dem Reichskanzler wird in Berliner politischen Kreisen für unabweislich gehalten. Die französisch-englische Konferenz, die bisher schon verflucht und wird es auch weiterhin werden, aus der Ablehnung des Genfs als Tagungsort eine deutsche Schuldfrage zu konstruieren, obwohl Frankreich es gewesen ist, das erklärt hat, der Einladung der englischen Regierung zu einer Konferenz in London nicht folgen zu können. Es sei deshalb noch einmal daran erinnert, daß die Reichsregierung die Einladung Macdonalds nach London zu einer Besprechung der deutsch-englischen Gleichberechtigungsforderung im Rahmen einer Mächtekonferenz sofort bereitwillig angenommen hat.

Erfolg der Reichsregierung in Genf.

Zu dem geheimen Ausschuss der Völkerbundversammlung für die Reform des Genfer Völkerbundstatutats ist eine Einigung zustande gekommen, in der die deutsche Forderung über eine gerechte Verteilung sämtlicher Mitgliedschaften im Völkerbundstatutats angenommen worden ist.

Generalsekretär Drummond machte in der Sitzung des Ausschusses den Vorschlag der Völkerbundversammlung die Mitteilung, daß bei der neuen Einteilung der Arbeitsgebiete in Zukunft dem deutschen Untergeneralsekretär die Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung übertragen würde. Diese Zusage entspricht den deutschen Wünschen.

Ein Appell Macdonalds an Deutschland.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hielt in London eine bedeutsame Rede über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage. Er betonte u. a.: Wir wollen, daß die Abrüstungskonferenz etwas gut und richtig Resultates wird, und nicht etwas, das nur zu der for-

die Einfuhrkontingentierung

trifft den Verbraucher am wenigsten und schützt die nationale Produktion. Im Hinblick auf den Widerstand des Auslandes gegen die Kontingentierungspläne sprach der Kanzler die Erwartung aus, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten bald überwunden sein werden.

Anfange einer Leber die Reichsregierung muß es sein, die Grundproduktion des Landes als Basis für die wirtschaftliche und materielle Wiederkehr der Nation zu schaffen. Von diesen Gesichtspunkten hat sich die Reichsregierung auch bei ihren jüngsten Maßnahmen leiten lassen, die sie dem Reichspräsidenten vorschlagen wird: bei der Reorganisation der Preußenkasse und bei der Einführung des Schiffsgebietes.

Zum Schluß gab der Reichskanzler einen kurzen Ausblick auf die politische Lage. Eine starke Staatsgewalt ist dazu da, daß sie die Unfischerheitsfaktoren nach Möglichkeit beseitigt und dem Volk das Gefühl gibt: Wir gehen voran, wir fassen die Unfischerheiten an der Gurgel!

Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit einer

Wahnung an die Wirtschaftsführer,

auf die große Erwartungen gelegt worden sind. Persönliche Verantwortung behält, nicht nur seinem eigenen Gewissen folgen, sondern auch dem Volke und seiner Regierung für alles wirtschaftliche zum persönlichen. Jeder deutscher Staatsbürger befragt: Freiheit ist Dienst. In dieser Vorzeit ist nur eine politische Weltanschauung berechtigt, der Glaube an das deutsche Volk, der Glaube an das Deutsche Reich! Ihm gelten in dieser Stunde alle unsere Kräfte, unser Denken und Handeln und unser Gebet: „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“

meller moralischen Schutzhülle der Welt gehört. Ich wünsche eine Abrüstung, die ein wirtschaftlicher Beitrag zu dem Problem, den Frieden zu bereiten, ist. Das Schlüsselwort unserer Politik ist nicht Wiederaufrüstung, sondern Abrüstung. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Deutschland weiß sehr gut und hat es schon seit einiger Zeit gewußt, daß England sich

nicht dem deutschen Wunsch widersetzt, als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden. Alles zielt auf die Notwendigkeit hin, eine allgemeine Vereinbarung über die deutsche Forderung zu sichern. Bei der Vorbereitung des zu erzielenden Abkommens sollte Deutschland einsehen, daß es anzuweisen sein muß, um mit uns allen in einem Meinungsaustausch zu treten.

Unter Wunsch ist, daß wir alle am Ende unserer Besprechungen wie eine Abordnung der Abrüstungskonferenz hingehen und sagen können: „Ich seid zufrieden geblieben. Es sind Dinge geschehen, die euch befriedigen haben, nichtzufrieden. Wir zusammen machen nun die besten Vorschläge zur Befriedigung der Hindernisse.“ Ich bedauere auf das Tiefste, daß Deutschland zwar seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Konferenz gezeigt, aber sich geweigert hat, nach Genf zu gehen aus Gründen, deren Substanz für mich schwierig zu entdecken ist. Ich hoffe ernstlich, daß Deutschland neues Wort nicht auch sein letztes Wort sein wird!

Der neue Generalsekretär des Völkerbundes.

Avenol vom Rat zum Generalsekretär ernannt.

Der Völkerbundrat ernannte in einer geheimen Sitzung einstimmig den gegenwärtigen stellvertretenden Generalsekretär Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes.

Die Wahl bedarf noch der Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung und wird auf der Ende November stattfindenden außerordentlichen Völkerbundversammlung erfolgen. Ebenso werden die beiden neuen stellvertretenden Generalsekretäre (Franken und Norwegen) sowie die neuen Untergeneralsekretäre (Deutschland und England) auf der Novembertagung des Rates ernannt werden. Über die Ernennung des neuen deutschen Untergeneralsekretärs liegt noch keine Entscheidung vor, jedoch werden jetzt allgemein der frühere Staatssekretär Trendelenburg und der deutsche Gesandte in Athen, Eifenlohr, für diesen Posten genannt.

Rede von Papens in Dortmund

Der Reichskanzler wies darauf hin, daß er in Dortmund im Zentrum des größten und machtvollsten Industriebezirks des Landes spreche, wo aus allen Verhältnissen die zusammengehaltenen Energien deutschen Gründungsgeistes, deutscher Unternehmungslust und deutscher Arbeiterkraft zusammenwirken. Hier ist, so betonte der Reichskanzler, der Ort, wo ich über die wirtschaftlichen Probleme zu der Einheit der deutschen Wirtschaft, dem Arbeiter und Unternehmer sprechen kann. Im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über

die öffentliche Auftragserteilung

erklärte der Reichskanzler, daß diese in erster Linie dort in Frage komme, wo die Wirtschaftslösung Ausnahme angenommen hat, die über den allgemeinen Durchschnitt in ein hinausgehen. Wenn in der Stadt Dortmund die Zahl der Arbeitslosen über 72000 betrage, so gerechnet auf 1000 Kopie der Bevölkerung — achtzig ein, während die gleiche Ziffer für das ganze Reichsgebiet 33 beträgt, so zeigt das mit grauemmer Deutlichkeit das Elend dieser Stadt.

Darum wird in Fällen dieser und ähnlicher Art versucht werden müssen, die Auftragserteilung der öffentlichen Hand, soweit irgend möglich, der Förderung dieser besondern Notwendigkeit zu machen. Der Reichskanzler ging dann noch auf die Frage der Preisbildung ein. „Ich möchte nicht den geringsten Zweifel darüber lassen“, erklärte der Reichskanzler, „daß die Reichsregierung keinerlei unangerechnete Preissteigerung zulassen wird. Sie wird jeden Versuch in dieser Richtung unumgänglich unterbinden.“

Die „Grüne Front“ mahnt den Kanzler.

Die „Grüne Front“ hat ein von Brandes, Kalchauer, Hermes und sehr unterzeichnetes Telegramm an den Reichstagskanzler gerichtet, in dem dringend gebeten wird, die Kontingentierungsverhandlungen in einzugestellen, da der bisherige Verlauf die von Anfang an ausgesprochenen Erwartungen der „Grünen Front“ vor den bisher angedeuteten Hoffnungen hat.

Die deutsche Landwirtschaft halte einmütig an der beschleunigten Durchführung der Kontingentierung fest. Eine weitere Verzögerung müßte das Vertrauen der Landwirtschaft in die Entschlossenheit der Reichsregierung, gerade der bäuerlichen Landwirtschaft zu helfen, gefährden. In einer Zeit, in der währungs- und handelspolitische Maßnahmen fremder Staaten zu einem steigenden Druck des überfüllten und verarmten Weltmarktes auf die Erzeugung aus der heimischen Scholle führten, sei die entschlossene Durchführung einer wirksamen Abwehr ein Gebot der Selbstverteidigung des deutschen Volkes.

Das Sonderkonto A.

Kleppers Finanzierungen.

Der Reichsminister des Innern, Herr Dr. Brüning, hat dem Reichstagspräsidenten, Herrn Dr. Brüning, ein Telegramm geschickt, in dem er die Bitte äußert, die Mitglieder des Sonderkontos A. über die gegen die Geschäftsabwicklung des ehemaligen preussischen Finanzministers Dr. Klepper als Leiter der Preussensache erhobenen Vorwürfe, wobei er auf die Erwiderungen Kleppers einging, die er als Unstichhaltige bezeichne.

Er erklärte u. a., daß das, was im Untersuchungs-ausschuß bisher vorgebracht worden sei, nur einen kleinen Bruchteil aus der Gesamtheit darstelle, die, nach den vorhandenen Unterlagen, den Ausschuss monatelang beschäftigen würden. Die bisher herausgegebenen Fälle seien aber für die Kleppersche Finanzgebarung typisch, bei der stets das Bestreben zu beobachten sei, einen formellen Tatbestand zu schaffen, der sich vom Strafgesetze etwas distanzieren. Es seien daher auch keine Vorgänge festzustellen, die man als Unterjochung bezeichnen könne.

Soweit Klepper strafrechtliche Vorwürfe trafen, so sei in erster Linie darauf zu achten, den Ausschuss mit den Tatsachen gegenüber in der unterstellten Zustimmtheit, also der Preussensache, begründet. Aber diese strafrechtliche Seite hinaus liege zweifellos auch eine zivilrechtliche Verantwortung vor, zum mindesten für den Teil der der Preussensache entstandenen Verluste vor, die in vorheriger Kenntnis der voranstehenden Entwicklung von Klepper verschuldet worden seien. Das sei bei jeder Gelegenheit der Fall bei dem „Sonderkonto A.“ und der Geschäfte für das „Magazin der Wirtschaft“, bei der mit bedeutender kaufmännischer Leistungsfähigkeit vorgegangen worden sei.

Bezeichnenderweise habe sich Klepper bei seinen Erwiderungen nicht über die Entstehungsgeschichte des Sonderkontos geäußert, die Steuer ein mit juristischer Raffinesse durchgeführtes Vermögensänderer nannte. Schwere Anklagen und Anschuldigungen der damaligen preussischen Regierung für die Veranlassung der Preussensache, auf die Klepper verwiesen habe, seien nicht geeignet, Klepper zu entlasten.

Die Winterhilfe der Reichswehr.

Genau wie im vergangenen Jahr, so stellt sich auch in diesem Winter die Wehrmacht in den Dienst der Winterhilfe, um auch überreicht nach Kräften zur Einberingung der allgemeinen Not beizutragen. Sie wird ihre Hilfsmittel und ihre Hilfskräfte voll in den Dienst dieser Aufgabe stellen. Dazu sind die Wehrmachtseinheiten in verschiedenen Klassen eingeteilt worden, nach deren Beitragung für die Winterhilfe als Dienst anzusehen ist. Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Feldküchen, Kochkessel und personelle Kräfte werden zu Transporten, Sammlungen, Speisungen und sonstigen Hilfsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Diese Hilfsmaßnahmen können auch noch durch weitere freiwillige Leistungen der Truppenangehörigen eine Ergänzung finden.

Fünf Millionen für die Kriegsofoper.

Vertreter der Kriegsofoper in Hindenburg.

Am 14. wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing den Vorstand des Reichsausschusses der Kriegsofoper, und Kriegsofoperhinterbliebenen für eine Abordnung des Landesverbandes Westfalen-Lippe im „Reichsverband deutscher Kriegsofoper“, die ihm die Wünsche und Sorgen der Kriegsofoperhinterbliebenen vorlegten, insbesondere die starken Verstärkungen darlegten, die durch die letzten Notverordnungen in der Kriegsofoperfürsorge eingetreten sind. Der Reichspräsident brachte seine warmste Teilnahme für das Los der Kriegsofoper und seine Willen zum Ausdruck, sobald es die finanzielle Lage des Reiches irgendwie gestatte, allmähliche Beseitigung der Kräfte zu leisten.

Der Reichsarbeitsminister konnte alsbaldige Milderung einer Reihe von Härten in Aussicht stellen, die sich bei der Durchführung der letzten Notverordnungen gezeigt haben, und mitteilen, daß hierfür ein besonderer Fonds von fünf Millionen Mark bereitgestellt sei, der für die Zeit bis zum Schluß des Haushaltsjahres bestimmt ist und im Zusammenhang mit den Verrechnungen der Kriegsofoper Verwendung finden soll.

Reichsdeutscher in der Tschoschlowitz verhaftet. Gegen. Der in Sagen wohnhafte Oberst Franz Raab wurde gelegentlich seiner in Mitteln (Wärdern) verbrachten Ferien von der dortigen Gendarmerie verhaftet und ins Militärgefängnis in Braun eingeliefert. Raab wurde 1921 beim tschechischen Militär inhaftiert. Juli 1921 erfolgte seine Entlassung aus dem tschechischen Gefängnis. Ein Monat später die deutsche Einbürgerung. Nach einjährigem Fernbleiben reiste er jetzt nach der Heimat, um seine Eltern wiederzusehen, wo er trotz der deutschen Staatsangehörigkeit verhaftet wurde.

Der Schlußkampf in Leipzig

In dem Prozeß Preußen-Reich scheint es jetzt dem Ende entgegenzugehen. In der Montagssitzung sagte der Vertreter Preußens, Dr. Bredt, das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zusammen. Er betonte, daß Artikel 48 nicht, wie es gemeinhin sei, auf Preußen hätte angewendet werden dürfen. Die Regierung der preussischen Regierung sei in der fraglichen Zeit immer loyal gewesen. Ministerpräsident Braun habe die acht Millionen Stimmen, die er 1925 bei der ersten Reichspräsidentenwahl erhalten habe, hinter dem Widerspruch der Kommunisten im April 1932 Hindenburg zugeführt. Das könne man nicht

Abhängigkeit von den Kommunisten

nennen. Auch im Reichstag habe Preußen positiv mit der Reichsregierung zusammengearbeitet. Gerade die preussischen Minister hätten den Verträgen Straftaten und den Oberreichsanwalt bei ihrem Kampfe gegen die Kommunisten unterstützt. Es gehe bei diesem Streit um Sein oder Nichtsein verfassungsmäßiger Zustände. Die Reichsregierung habe zweimal hintereinander den Reichstag aufgelöst, um ein Mißtrauensvotum zu vermeiden, und damit in das Fundament des Artikels 48 eingegriffen; ferner habe sie neue Maßnahmen getroffen, die mit der Verfassung nicht im Einklang ständen. Vor allem handele es sich um Steuer, nicht um vorübergehende Maßnahmen. Beide Seiten wollten diesen Zustand angeblich so schnell wie möglich beseitigen. Man müsse allerdings bezweifeln, ob es der Reichsregierung damit ernst sei, nachdem sie eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum als eine Ehe für unglückliche Partner abgeschlossen habe. Es bleibe nichts anderes übrig, als die Verordnungen aufzuheben und, wenn nötig, eine andere zu erlassen, die vielmehr die

Einführung eines Reichsoberkommissars für die Polizei in besonderen Gebieten vorsehe. Allerdings halte Preußen dies nicht für notwendig. Die Verordnung müsse aufgehoben werden; das bleibe ohne jede verwirrende Wirkung, da die Aufhebung nur für die Zukunft wirke. Was vergangen sei, könne nicht mehr geändert werden. Unzulässig seien lediglich die Ministerenthebungen und die insbesonderen im Reichsrat für Preußen getätigten Akte.

Dr. Goehring, der Vertreter der Reichsregierung, erklärte darauf u. a.: Die Reichsregierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie sich bei ihren Maßnahmen vom 20. Juli wie auch sonst immer von dem Willen hat leiten lassen,

dem Wohle des Volkes zu dienen,

Schaden von ihm abzuwenden und alles im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen zu tun. Eine Aufhebung, die den Maßnahmen vom 20. Juli rechtswidrige Wirkung unterstellt, die den handelnden Stellen subjektive Gutachten abgeben, muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Auf der preussischen Seite hat man für sich in Anspruch genommen, daß man sich gegen die Reichsregierung schütze vor den Reichspräsidenten stellen müsse. Darauf ist zu erklären, daß auch

Devisen-Einigung mit Italien.

Schwierigkeiten in der Kontingentfrage.

Bei den deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen in Rom ist ein gewisser vorläufiger Abschluß erreicht. In der Devisenfrage ist ein beträchtlicher Fortschritt gemacht worden, so daß ein beschiebender Abschluß schon in Kürze angenommen werden darf. Die Lösung der Frage dürfte die Zurücknahme des letzten italienischen Devisen-Erlasses sowie der Gegenmaßnahmen der deutschen Reichsbank zur Folge haben und den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern mit sofortiger Wirkung wieder ermöglichen. Bei der landwirtschaftlichen Kontingentierung liegen die Dinge bedeutend schwieriger. In einer Reihe von Fragen konnte über die Waren und das Verfahren eine gewisse Annäherung erzielt werden. Auch die Gegenleistungen, die Deutschland zu bieten hat, konnten im großen Rahmen getroffen werden.

Die Ermordung Dimitroffs.

Neue aufsehenerregende Einzelheiten. Zu der Ermordung des bulgarischen Staatsangehörigen Krum Dimitroff aus Sofia bei Walsmarkt in Österreich werden vom Polizeipräsidenten Chemnitz noch folgende aufsehenerregende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Tote hatte eine Schußverletzung und war gefesselt. Bei der Verleugung wurde die Leiche gefunden, die im Auftrag eines angeblichen Dr. Mansker von seinem angeblichen Sekretär Martin geschrieben waren. Dimitroff waren im Auftrag eines Konzerns Angebote gemacht worden, und er war zu einer Konferenz nach Wien eingeladen. Dieses Zusammenreffen hat dann auch am 1. Oktober stattgefunden, und am nächsten Tage ist die Leiche aufgefunden worden. Mansker und Martin sind mit dem durch die Leipziger Kriminalbeamten verhafteten Wörder Georg Schirmer persönlich. Schirmer hat

bereits ein erstes Geständnis

abgelegt. Festgestellt wurde ferner, daß Schirmer mit einem gemeinen Kraftwagen, der von dem Kraftwagenführer Goldig aus Burgstädt gesteuert wurde, nach Österreich gefahren ist, wo dann am 1. Oktober in den Abendstunden auf der Strecke zwischen St. Wölten und Einz die Mordtat ausgeführt wurde. Bei der verhandlungsmaßig vorgefallenen Rame hat Schirmer zunächst dem Dimitroff vorgehalten, daß er vor etwa 20 Jahren Schirmers jetzige Ehefrau verführt habe. Hierbei will Schirmer sofort auf Dimitroff mit einem ziemlich schweren Werkzeug eingedringt haben. Dem überfallenen sei ernstlich zur Wehr gesetzt, hat Schirmer auf ihn mit einer Waffe geschossen, die ihm auf sein Verlangen Goldig gereicht hat. Dimitroff kam darauf zusammen. Schirmers Frau hat sich bei der Ausführung der Tat in unmittelbarer Nähe aufgehalten.

die Aufhebung des Uniformverbotes

und die Wiedereinführung der A., insbesondere aber auch die Maßnahmen vom 20. Juli von der nach der Verfassung zuständigen Stelle durchgeführt worden sind. Reichstagskanzler und Reichsregierung haben diejenigen Maßnahmen getroffen, die nach ihrem pflichtbewußten Ermessen notwendig waren, um die gefährdete Sicherheit und Ruhe in Deutschland wiederherzustellen.

Wie stand es am 20. Juli?

Eine überaus gespannte politische Lage, blutige Zusammenstöße zwischen den staatlichen Machtmitteln und organisierten Parteien, täglich neue Todesopfer, allein in Ostpreußen 16 Tote von der Hand kommunistischer Täter, und immer wieder die lebhaftesten Verurteile von sozialdemokratischer Seite, auch von Seiten der Freien Gewerkschaften, mit den Kommunisten eine Einheitsfront nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen die Reichsregierung zu bilden, also mit einer staatsfeindlichen Partei sich in Feindschaft gegen die Reichsregierung zu verbinden. Dazu die parteigebundene Stellung der maßgebenden preussischen Staatsminister, die es infolge ihrer Abhängigkeit nicht mehr verstanden haben, dem

Vorbringen der staatsfeindlichen Kräfte

und dem Übernehmen der blutigen Ausschreitungen in Deutschland Einhalt zu gebieten. Der Reichspräsident und die Reichsregierung mußten ohne Zögern die Sicherheit dafür schaffen, daß Preußen in den Stand gesetzt wurde, seinen Pflichten gerecht zu werden. Die Maßnahmen vom 20. Juli haben sich zunächst nur gegen den für die allgemeinen Richtlinien in Preußen verantwortlichen Minister und gegen den für die Staatsicherheit verantwortlichen Minister des Innern gewendet. Der Reichspräsident war grundsätzlich bereit, mit den anderen preussischen Staatsministern zusammenzuarbeiten; das ist ihm aber von den sechs anderen Ministern unmöglich gemacht worden. Das bewiesen die Briefe vom 20. Juli. Ich darf daran festhalten, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkt steht, daß die Maßnahmen als vorläufig anzusehen sind, daß sie sich auf Artikel 48, Absatz 1 und 2, stützen. Es handelt sich bei den Befreiungen öffentliche Sicherheit und Ordnung um Sicherheit und Ordnung im staatsrechtlichen Sinne.

Entscheidung in Leipzig erst nächste Woche.

Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof abgeschlossen.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat die Verhandlungen des Leipziger Staatsgerichtshofes im Prozeß Preußen gegen das Reich geschlossen mit der Mitteilung, daß es ihm unmöglich ist, einen bestimmten Termin für die Verkündung der Entscheidung zu setzen. Er glaube aber, daß die Verkündung am Dienstag nächster Woche, also am 25. Oktober, erfolgen könne.

Die letzte diesjährige Südamerikafahrt des Zeppelin.

Beginn am 24. Oktober.

Die nächste und zugleich letzte diesjährige Südamerikafahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ soll über Pernambuco nach Rio de Janeiro durchgeführt werden. Das Luftschiff wird Friedriesshafen am 24. Oktober, morgens, verlassen, in Pernambuco am 27. Oktober, morgens, ankommen, am 28. Oktober, morgens, nach Rio de Janeiro weiterfahren, und dort am 29. Oktober, morgens, ankommen. Nach einmündigem Aufenthalt wird die Rückfahrt über Pernambuco nach Friedriesshafen angetreten, wo „Graf Zeppelin“ am 3. November, abends, zurückverwartet wird.

Deutsche Arbeiter von polnischen Grenzbeamten beschossen.

Ein Verletzter nach Polen verschleppt.

Zwischen Weissenberg, Kreis Stribom, und Montanerweide wurden deutsche Arbeiter, die an der unübersichtlichen Weichselgrenze beim Weiden schneiden die Grenze auf der rechten Weichselseite überdrückten hatten, von der polnischen linken Seite der Weichsel aus von fünf polnischen Grenzbeamten beschossen. Während zwei Arbeiter flüchten konnten, einen dritter, der Arbeiter Schweiß, angepöbeln und von den Grenzbeamten mit einem Boot nach Polen verschleppt. Nach Zeugnisaussagen haben die polnischen Beamten deutsches Gebiet betreten, um dem Verletzten den Weg abzuschneiden. Die amtlichen Feststellungen hierüber werden noch getroffen werden.

Schwere Ausschreitungen in Dortmund.

Zwei Tote, zwölf Verletzte.

Am Sonntag kam es in Dortmund zu ersten Ausschreitungen, die mehrere Opfer forderten. Zwei Personen, darunter eine Frau, wurden getötet und zwölf Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch ein Polizeibeamter, der einen Kopfschuss erlitt, aber außer Lebensgefahr ist. In den Vermittlungsstunden waren nationalsozialistische Flugblätter in der Nähe des Rathauses von Kommunisten angezündet worden. Es kam zu Schlägereien, wobei auch Schiffe fielen. Da die Unruhen immer größeren Umfang annahmen, wurde die Polizei alarmiert. Als die Beamten den Versuch machten, die Ruhe wiederherzustellen, kam es zu den folgenschweren Schießereien. Der Volksgerichtshof, nach kurzer Zeit Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Für den Empfang des Reichstagskanzlers in den Nachmittagsstunden hatte die Polizei am Bahnhof, am Hotel Fürstentor und in der Nähe des Städtischen Theaters verstärkten Sicherheitsdienst eingesetzt.

Nordüberfall auf Nationalsozialisten in Wien.

Vier Tote, 30 Verletzte.

Am Sonntag wurde im Wiener Bezirk Simmering ein Feuerüberfall auf eine nationalsozialistische Abteilung von einem sozialdemokratischen Arbeiterheim aus verübt, bei der ein Wachmann und drei Nationalsozialisten getötet sowie über 30 Personen verletzt wurden, darunter zwei Lebensgefährlich.

Die Polizei entfaltete sofort starke Abteilungen nach Simmering. Die Wachen trugen in das sozialdemokratische Arbeiterheim ein, wo sie 70 Gewehre und eine große Zahl Revolver beschlagnahmten. 60 Personen wurden verhaftet. Eine Anzahl Sozialdemokraten hatte sich auf dem Dachboden in Kisten versteckt, wo sie von den Wachleuten herausgeholt und verhaftet wurden.

Mord mit vergifteten Pralinen.

Ein Mitglied des Werwolf das Opfer.

Im Chemnitz wurde vor einigen Tagen der Geschäftsführer Gennemeier, der dem Werwolf angehörte, in seiner Wohnung für aufgehoben. Da die Todesursache nicht festgestellt werden konnte, wurde die behördliche Einigung der Leiche angeordnet. Die Untersuchung ergab als Todesursache Vergiftung. Die weiteren behördlichen Nachforschungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß Pralinen, die Gennemeier in der Zuckereingangs, Spangalienhielten. Von wem er die Pralinen erhalten hat, steht noch nicht fest. Auffallend ist, daß Gennemeier am dem Tage verhaftet gefunden wurde, an dem er in einem Weineisprozeß als Hauptbelastungszeuge auftreten sollte.

Kraftwagen vom Zuge erfaßt.

Ein Kind getötet, der Kraftwagenführer und ein Knabe schwer verletzt.

Ein schweres Unglück ereignete sich an der deutsch-holländischen Grenze bei dem Orte Sommer. Ein mit mehreren Personen besetzter Kraftwagen aus Ooch wurde an einem unbewachten Bahnübergang von einem aus Gemep (Holland) kommenden Güterzug erfaßt, überfahren und mitgeschleift. Der Kraftwagenführer, der das Warnungssignal überört hatte, sowie ein zehnjähriger Knabe und ein achtjähriges Mädchen wurden schwer verletzt. Das Mädchen ist kurz darauf seinen Verletzungen erlegen.

Liebestragödie in Bochum.

Zwei Tote, ein Verletzte.

Im Bochumer Stadtteil Weimar geriet ein Mädchenkind mit einem Mädchen, das er nach Hause gebracht hatte, in Streit. Als der Bruder des Mädchens hinzutrat, geriet er mit ersterem in eine Rauferei. Die Mädchenkinder, die sich entfernt hatte, lehrte kurz darauf zurück und gab ohne jede Veranlassung auf den Bruder des Mädchens einen Schuß ab, wodurch dieser verletzt wurde. Dann drang er in die Wohnung ein und verletzte das Mädchen durch einen Schuß so schwer, daß es bald darauf starb. Hierauf brachte er sich selbst einen Schuß in die Schläfe bei. Auch er starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus Bergmannsheil.

Eine Liebestragödie.

Polizeibeamter schießt auf seine Verlobte und begeht Selbstmord.

Ein Schutzpolizeibeamter aus Mühlheim (Ruhr) brachte seiner Verlobten in ihrer elterlichen Wohnung eine schwere Schußverletzung bei und tötete sich dann selbst durch einen Verschuß. Ob die Tat in gemeinsamen Einverständnis ausgeführt wurde und welche Beweggründe vorliegen haben, ist noch nicht festgestellt worden.

Aufounglück deutscher Journalisten bei Paris.

Zwei Tote, ein Verletzte.

In unmittelbarer Nähe von Paris ereignete sich ein Autounfall, bei dem der deutsche Journalist Karl Mertens und der junge Schweizerin Frieda Widm getötet sowie ein anderer deutscher Journalist, Arthur Seehaus aus Kassel, verletzt wurden. Mertens saß am Steuer, als auf der rechten Seite der Landstraße plötzlich das Schlupflicht eines Lastwagens aufleuchtete, der dort halbkreisförmig fuhr. Es gelang dem Führer nicht mehr, das Auto zum Stillstand zu bringen; mit 70 Kilometern Geschwindigkeit raste er auf den Lastwagen. Mertens und die junge Dame waren an der Stelle tot.

Die blutigen Vorfälle in Wien.

Studentenrevolte in der Universität.

In Wien kam es in der Universität und in der Technischen Hochschule zu schweren Zusammenstößen. Die sozialistischen Studenten waren trotz der blutigen Vorfälle in Simmering mit ihren sozialistischen Kampfzeichen, den drei Haken, erschienen. Als sie von nationalsozialistischen Studenten aufgedrängt wurden, die Abzeichen abzugeben, kam es zu Sandemengen, bei denen an der Universität sechs bis sieben Studenten verprügelt wurden, während an der Technischen Hochschule zehn bis zwölf verletzt wurden. Der Rektor Professor Dr. Abel ermahnte die Studenten zur Ruhe und forderte an, daß die Wiener Hochschule geschlossen werden würden, bis die Regierung die Zufriedenheit gegeben habe, daß es zu Zwischenfällen, wie in Simmering, wo Studenten von politischen Gegnern überfallen wurden, nicht mehr kommen könne. Wegen der Vorfälle in Simmering sind bisher

80 Personen verhaftet

wurden, zum größten Teil Sozialdemokraten, die an der Arbeiterbewegung beteiligt waren. Vier von den verhafteten Sozialdemokraten haben gestanden, Schüsse auf die Straße abgegeben zu haben.

Zurnvater Jahn.

Zur 80. Wiederkehr seines Todesjahres.

Am 15. Oktober 1852 starb zu Freiburg an der Unstrut Friedrich Ludwig Jahn, der „Zurnvater“. Jahn, der aus Lang in der Provinz Pommern und in Berlin als Lehrer am Gymnasium zum Grauen Kloster wirkte, hatte nach der Schlacht bei Jena den Entschluß gefaßt, die Wiederherstellung des Volksgedankens durch die Entwicklung der physischen und moralischen Volkstrost zur Aufgabe seines Lebens zu machen. Das Mittel dazu glaubte er in der Turnkunst gefunden zu haben. Gleichzeitig wirkte er als Schriftsteller für Weibung des deutschen Nationalismus unter der Jugend, wodurch er nicht wenig zu der Erhebung des Volkes in den Freiheitskriegen beitrug. Er trat als einer der ersten in das Turnvereinswesen ein, wurde Führer eines Bataillons, hielt nach den Feldzügen Vorträge über deutsches Volkstum und nahm mit Wort und Tat an der Begründung der Burschenschaft teil.

Später geriet Jahn in den Verdacht, ein Demagoge zu sein. Alle Turnpläne wurden geschlossen, und er wurde verhaftet, zu zweijähriger Festungstrafe verurteilt, 1825 jedoch freigesprochen. Demnach unterlagte man ihm, seinen Aufenthalt in einer Universitäts- oder Gymnasialstadt und innerhalb zehn Meilen von Berlin zu nehmen. Er wählte Freiburg an der Unstrut zum Aufenthalt, hatte noch wiederholt Scherereien mit den Behörden, erhielt aber 1840 nachträglich das Ehrengesetz. Im Frühjahr 1848 wurde Jahn zum Aachener Kongress in die Deutsche Nationalversammlung gewählt; er hielt sich hier zur äußersten Rechten. An mehreren Orten wurden ihm nach dem Tode Denkmäler gesetzt; in Freiburg, in Lang, auf dem Turnplatz in der Hohenheide zu Berlin, in Bochum usw. Eine Erinnerungsturnhalle nebst Jahn-Museum wurde 1894 von der Deutschen Turnererschaft auf dem Friedhof in Freiburg über Jahn's Grab erbaut. Als Schriftsteller („Zeitsches Volkstum“, „Annenblätter“ u. a.) zeichnete sich Jahn durch eine fertige, gebundene Sprache aus.

Amtlicher Teil.

Betrifft Reichszuschüsse für Zuständigkeitsarbeiten an Wohngebäuden und zur Schaffung von Wohnungen.

Saubseliger, welche die Mängel haben, Instandsetzungsarbeiten an ihren Wohngebäuden vorzunehmen, größere Wohnungen zu teilen oder gewerbliche Räume zu Wohnungen umzubauen, können einen Reichszuschuß erhalten. Die Beihilfen betragen bei Instandsetzungsarbeiten von 250,— RM an 1/2 der Kosten. Bei Wohnungsneubau oder Umbau beträgt die Beihilfe 50 Prozent der Kosten, im Höchstfalle 600,— RM je Wohnung. Die Arbeiten müssen in der Zeit vom 25. September 1932 bis 1. April 1933 begonnen und vor dem 1. Januar 1934 beendet sein. Weitere Auskunft erteilt das Kreisbauamt in Torgau.

Anträge sind schriftlich bald zu stellen, da der für den Kreis zur Verfügung stehende Betrag fontentiert ist. Torgau, den 11. Oktober 1932.

Der Vorsitzende des Kreisbauamtes. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 18. Oktober 1932.

Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

lokales und Provinzielles.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt ein Tadeln-Berichtplan mit den wichtigsten Ellenbogenverbindungen der Straßen unserer Umgebung bei. Für Nichtabonnenten ist das Heftchen zum Preise von 20 Pf. in der Expedition dieses Blattes käuflich zu haben.

Annaburg. Ein Verhaftungsertrag ist in der fünften Nachmittagsstunde des gestrigen Tages auf, das von reichlichen Niederstößen begleitet war.

Annaburg. Von einem hiesigen landwirtschaftlichen Arbeiter, der im benachbarten Holzort bei der Kartoffel- und Rübenenernte beschäftigt war, wurde eine Rübe im hiesigen Gewichte von 22 Pfund gefunden. Bei der fraglichen Ernte handelt es sich um Gedenkerer Rüben. Weiterhin wurde auch bei den Kartoffeln fast ertrockene Stauden entdeckt. An einem der Stöcke wurden 50 ausgewachsene Kartoffeln gezählt; dementsprechend war auch das Kraut, die Länge desselben war 2,65 Meter.

Annaburg. Ein Sonntagspaziergang führte Eininder dieses an der früheren Luftpumpenfabrik (am Gaswerk) vorbei. Es bot die von dem jetzigen Besitzer Herrn Schablonenfabrikant Köhler geschaffene, eigenartige Gartenanlage ein fesselndes Bild. Insbesondere fällt eine gut zusammengestellte Koniferengruppe auf. Leider werden solche Pflanzen in Hausgärten noch zu wenig verwendet. Der Notzettel entsprechend sind in Spezial-Baumkulturen die Koniferen verhältnismäßig billig zu haben. Es ist eine irrliche Auffassung, wenn behauptet wird, daß solche Pflanzen an Friedhöfe erinnern. Der richtige Platz und Anordnung derselben bietet einen schönen Anblick. Interessenten seien an Herrn Bunte verwiesen, der gern erdödig ist, die Pflanzen zu liefern.

Jessen. Daß ein Baum zweimal im Jahre bei guter Witterung blüht ist keine Seltenheit. Daß aber ein Baum in einem Jahre zweimal ausgereifte Früchte trägt, gehört doch zu den Seltenheiten. Im Garten des Schulmachers Rühnalt in der Ziegenstraße blühte ein Birnbaum in den ersten Augustwochen zum zweiten Mal und zeigt gegenwärtig daran reife Birnen. Für den Fachmann ist es außerordentlich interessant an dem jungen Holz, das in diesem Jahre getrieben war, den Birnenanfall festzustellen.

Torgau. Bei dem Abfließen eines Autos ereignete sich ein Unfall, der leicht schlimme Folgen hätte haben können. Beim Passieren der Eisenbahnüberführung an der Ellenburger Straße, erwirkte das Schlepplatt die Spurlänge des angehängten Wagens, wodurch die Steuerung verlor.

Der mit drei Personen besetzte Wagen stürzte die an dieser Stelle ziemlich hohe Böschung hinab, wobei das Schlepplatt zertrümmert wurde. Zum Glück überflügelte sich der Wagen nicht, jedoch in Instabilität mit dem Schreden doorkamen. Der Unfall hätte leicht schlimme Folgen haben können, zumal die Böschung an der Unfallstelle etwa 3 Meter hoch ist.

Koßitz. (Selbstmord eines Brandblitzes.) Am 2. u. 3. ds. Js. brannte hier die Kleinsche Scheune ab. Vor 2 Jahren brannte das Wohnhaus des Kleins ab. Der angegebene Kleins, der am 20. September Selbstmord verübte, hatte, wie jetzt die Justizprokessstelle mitteilt, einige Tage vorher ein Geständnis darüber abgelegt, daß er die Brände angelegt hatte.

Bresch (Elbe). (Bodenloje Gemeintheit.) Als der Abzug und Anfrucht der Stadtkirche fertiggestellt waren, benötigten die Bauhandwerker zur Entladung der Abnahme des Baugerüsts eine Dachleiter, die der Dachbedeckter Robert Schumann aufstellte, mit einem bauerhaften Sanftstrich festknüpfte und acht Tage lang liegen ließ. Die Zeit benutzte ein Freeler, um vom Dachboden aus die vier Strahlen des Laterlichts dermaßen anzudehnen, daß sie bei dem Betreten der Leiter riefen und den Abbruch des Dachdeckers verursachen mußten. Daß das geplante Verbrechen verübt wurde, ist dem Schwurgerichte des Schömann, dem Dachdeckergehilfen Retschmar, zu verdanken, der vorfischshalber vor der Inangefangene der Dachausbesserungsarbeiten eine Prüfung der Leiterbefestigung vornahm und die Freolent entdeckte, über die in der Disziplinierung eine allgemeine Aufregung herrschte.

Elsterwerda. (Kraftwagen von einer Lokomotive erfaßt.) Am dem hiesigen Bahnhöfen an der Strecke Elsterwerda-Miela ereignete sich am Freitagabend ein schweres Unglück. Der 24 Jahre alte Kraftwagenführer Paul Ebert kam mit seinem Wagen am Bahnübergang bei der Richtung Großsch auf den Bahnhöfen auf den Gleisen wurde der Kraftwagen von der Lokomotive erfaßt und 120 Meter mitgeschleift. Der Wagen wurde völlig zerstört und verbrannte. Der Insasse Paul Ebert wurde mit schweren Verletzungen geboren. Er starb auf dem Wege in das Großenhainer Krankenhaus. Der Zugführer hatte beim Gerannoben an den Überberg die vorgeschriebenen Warnungssignale gegeben. Ebert hat offenbar geglaubt, den Überberg nach rechtzeitig überqueren zu können und ist ein Opfer seines Magemutes geworden. Der Zug hatte einen längeren Aufenthalt.

Liebenwerda. Für die durch das Auscheiden des Bürgermeisters Dr. Geuting freigewordene Bürgermeisterstelle sind 149 Bewerbungen eingegangen. Die Stelle war zu einem Gehalt nach Gruppe 3 c der hiesigen Befoldungsordnung ausgeschrieben (Anfangsgehalt 3000 RM).

Halle, 15. Oktober. (Mord.) Auf einem Waldwege zwischen Döllnitz und Burgleben wurde der Elstersee bei Halle wurde der 25 Jahre alte erwerbslose Maurer Paul Woge aus Döllnitz mit einem Sinterpfeißer ermordet aufgefunden. Dieht bei ihm lagen drei abgehobene Pistolenhüllen, 300 Meter entfernt das Fahrrad des Ermordeten. Ueber die Motive und den Täter ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Heiligenfelde. (Ein gewichtiges Hochzeitsgeschenk.) Die grüne Hochzeit feierte der Landwirt Karl Kerlitz mit Frä. Lucie Gehler. Die Braut war längere Jahre bei dem Gutebesitzer Kühnel als Stütze gewesen. Die Treue in der Arbeit wurde damit belohnt, daß der Gutsherr zur Hochzeit einen Bullen im Gewicht von 5 Zentnern schenkte.

Jiefar. 15. Oktober. (Drei Tage hilflos unter dem Bett.) Die 75jährige Rentnerin Anna Schmidt wurde in ihrer Wohnung hilflos in angeleimtem Zustand unter dem Bett aufgefunden. Es war den Nachbarn aufgefallen, daß die Greisin sich seit mehreren Tagen nicht mehr hatte sehen lassen. Sie hatte einen Schwächeanfall erlitten und fiel unter das Bett, wo sie drei Tage hilflos liegen blieb, da sie sich allein nicht erheben konnte.

Reiße. (Es findet sich kein Gemeindevorsteher.) Ein wenig begrabtes Amt ist der Posten des Gemeindevorstehers in Jägglitz bei Reiße. Ein Landwirt, der zum Gemeindevorsteher gewählt wurde, lehnte die Übernahme des Amtes ab. Damit ist Jägglitz seit drei Jahren ohne Gemeindevorsteher, da bisher schon zehn Personen, die gewählt worden waren, auf den unbefähigten Posten verdrängt haben.

Klage um ein schließliches Gericht. Die Stadt Parnitz hat sich entschlossen, wegen der Fortnahme des Amtsgerichts beim Staatsgerichtshof Klage auf Aufhebung zu erheben. Man will sich dabei auf einem im Jahre 1879 zwischen Stadt und Justizbehörde geschlossenen Vertrag stützen. In diesem wurde vereinbart, daß das Amtsgericht solange nicht aufhebbar ist, als die Gerichtsverfassung vom Jahre 1877 bestehen würde.

Sieben Kinder auf einem Berliner Wohlfahrtsamt ausgesetzt. Auf einem Berliner Wohlfahrtsamt erschienen mehrere Frauen und verlangten eine Herausgabe ihrer Unterfertigungsstücke. Als der Vorsteher den Frauen erklärte, daß ihre Anträge erst geprüft werden müßten, verließen sie das Wohlfahrtsamt. Nach ihrem Weggang wurde festgestellt, daß einige der Frauen ihre Kinder, insgesamt sieben, auf dem Wohlfahrtsamt zurückgelassen hatten. Da sich zunächst nicht feststellen ließ, wo die Kinder geblieben, wurden sie von einer Fürsorgebehörde in das Basenhaus gebracht.

Weißer Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weissen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Oeffentliche Wahlkundgebung!

Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, spricht im Goldenen Ring **Hg. Faßhauer-Halle** im Rahmen einer **Filmvorführung**

Einwohner erscheint in Massen! Eintritt 30 Pf., Erwerbslose und Rentner 10 Pf. N. S. D. A. P., Ortsgruppe Annaburg.

Unübertroffen
in Qualität und Preiswürdigkeit
sind unsere

Fisch-Marinaden

Bratheringe	1 Ltr.-Dose 52 Pf.
Bratheringe, ohne Kopf, ausgenommen	1 Ltr.-Dose 58 "
Sering in Gelee	1 Ltr.-Dose 63 "
Rollmops	1 Ltr.-Dose 66 "
Kronjardinien	1 Ltr.-Dose 67 "

5 Prozent Rabatt!

J. Kählig's Nachfolg.
Inh.: Martha Müller, Mühlenstraße 40.

Radio!

Haben Sie schon die neuesten Lautsprecher „**Freischwinger**“ gehört? Das Neueste von der Funkausstellung **Nora L 32. Preis 35.- M.**

Reparaturgeräte in allen Preislagen.
 Batteriegeräte, moderne, mit 3 Röhren 39.50 M.
 Betrieb: Anoden: 100 Volt 10.50 "
 Etomata 100 Volt 6.50 "

Alle Zubehörteile billig!

W. Waisch.
Habe einige neue Regengeräte sehr billig abzugeben.



Öffentliche Wahl-Versammlung!

In Annaburg, Hotel „Waldschlößchen“ findet am Mittwoch, dem 19. Oktober, 20 Uhr eine öffentliche Versammlung der **Deutschen nationalen Volkspartei** statt.

Es spricht Chefredakteur **Margella-Berlin**. Thema: **Der 6. Novbr. der Schicksalstag des deutschen Volkes!**

Deutschnationale Volkspartei, Kreisverein Torgau.

Am Donnerstag von 7 Uhr ab

frische Seefische

in stromer Verpackung:
 Kablian, Kpfl. } zu den billigsten
 Goldbarsch } Tagespreisen
 Fischfilet o. Gräten }

J. G. Fritzsche.

Moderne

Handarbeiten!

Besichtigen Sie bitte in dieser Woche meine **große Handarbeits-Ausstellung** in meinen Fenstern. In allen Arten und Techniken finden Sie etwas Passendes für Ihren Geschmack!

Weißstickereien, Woll-Arbeiten vorgezeichnet, auch z. T. angefangen.

Handarbeits-Garne
Strickgarne, Strickgarne, Häkelgarne in großer Farben-Auswahl!

Emil Bortfeld

Radio-Apparate

Telefunken und Blaupunkt!

Akku-Spulen, Röhren	Lautsprecher-Systeme
Anoden-Batterien	Lichtnetz-Antennenstecker
Sockel, Litze	Elektro-Schalldose für Grammophon-Uebertragung
Stecker, Schalter	Akku-Säure
Listerklemmen	Destill. Wasser
Eierketten, Fassungen	
Säureprüfer	
Voltmeter	

Akku-Ladestelle

Fritz Rödler, Fernruf 253

Nerven- und Kräftigungs-Mittel

Haematogen
 Sanatogen
 Bromonia
 Baidoamin
 Kräftigenjalg
 Wachtelbeerbisfit
 Umol
 Carmol
 Kaskan
Knoblauchsaft
 Duomatine

150-200 verschiedene Sorten Tees
 Ferner empfehle ich sämtl. Artikel zur Kranken-, Adipos-, Kinder-, Haut-, Mund-, Zahn- u. Haarpflege

Adler-Drogerie, Inh.: Georg Schönm.
 Eines Foto-Haus am Plage.

Für Damen und Kinder!

Schlüpfer, Prinzessröcke, mit angeraumtem Futter
 Herren-, Damen- und Kinder-Hemden, sowie sämtl. Normal-Unterzeuge
 Vordruckt-Bettlaken u. Schlafdecken
 Herren-, Damen- und Kinder-Sportweifen
 Anaben-Strickanzüge

Ferner meine bekannten **B. S. B.-Damenstrümpfe**

Seb. Schimmeyer.

Warum Radio hören?

Um das Leben angenehmer und abwechslungsreicher zu gestalten. Jeden Tag bringen die Sendestationen eine Fülle erster und besserer Darbietungen aller Art. Daraus wählen Sie, was Ihnen gefällt und Ihr Leben wird schöner, denn Freude und Erlebnis bringt Ihnen Radio.

Der neue Mendel 138

ist zuverlässiger Mittler. Rein und laut im Ton, ohne Störungen unter Ausschaltung anderer Sender.

Laufen Sie sich hin bitte unverbindlich mit den neuesten magnetischen und dynamischen Lautsprechern bei mir vorführen.

Neue Platten eingetroffen!

25 cm-Platten 1,50 RM.

Unsere Marine Weidmannsbeit	Die guten alten Zeiten
Alte Kameraden	Uhlenhorner Kinder
Deutsches Blum	Umlagerung an Herkules
Der alte Deffauer	Des Parmentiers
Der Höhenriedberger	Clubantonia
Parademarsch im Schritt	Wiener Jagdgelb
Kauf-Defiliermarsch	Les premiers hirondelles
Unter dem Schwarzbanner	Donau-Wellen
Geil Europa	Strengeamber
Dasag-Marsch	Mein Traum
König Karl-Marsch	Herbstweihen
Großherzog Friedr. v. Baden	In den Segärten Genlons
Treu die Alten	Schöne Anziehungskräfte
Badner Madln	Gabreges
Sobball-Tänze	Corely-Alpen-Klänge
	Die Schönbrunner

Hermann Meyer sen., Torgauer Straße 7.
 Akku-Ladestation! Sämtliche Ersatzteile! Anoden-Batterien!

Erwarte Mittwoch früh:

Ia. frischen Schellfish, Goldbarsch, Fischfilet

in dieser Verpackung u. zum billigsten Tagespreis
J. Kählig's Nachf.
 Inh.: Martha Müller

Marta Stein.

Amateur-Alben

in reichhaltiger Auswahl,
Photo-Ecken
 zum sauberen Einkleben der Amateur-Aufnahmen, sowie **weiße Tinte** empfiehlt:

Buchhandlung Hermann Steinbeiß

Eine große Sendung eleganter moderner

Damen-Mäntel

neu eingetroffen!

Der Zeit entsprechend, haben wir durch unglaublich günstigen Einkauf, durch äußerste Kalkulation, trotz bester Verarbeitung sowie bester Qualitäten, Verkaufspreise ermöglicht, die auch Ihnen den Kauf zur Freude machen. Überzeugen Sie sich selbst, wir sind wirklich so billig!

Ernst Peschke, Adlerstr. 16
 Das Haus der guten Qualitäten!

Rote Futter-Rüben,

à Ztr. 40 Pf., verkauft
 Kühler, Raundorf.

Empfehle in Ia Qualität zu billigsten Preisen:

Maschinen-Motoren
Zentrifugen-Fahrrad-Fußboden-Vinolen-Mop- und Brenn-
Staufer, Wagen- u. Lederette
Fischtran
Bohnervachs lose und in Packungen
Möbel-Politur

J. Kählig's Nachf.
Salon-Tinte empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Sehr billige Emaillewaren und Wirtschaftsartikel!

Gute Qualität, kein Aussehen.

Großer Wasserreimer, grau geprenkelt	Stk. 69 Pf.
Großer Wasserreimer, weiß	Stk. 95 Pf.
Großer Wasserreimer, weiß-blau	Stk. 110 M.
Graue runde Abwaschmännchen	Stk. 95 Pf.
Weiße Waschtischen	88 Pf. und 98 Pf.
Kasserollen	Stk. von 48 Pf. an
Schmortöpfe	Stk. von 75 Pf. an
Milchtöpfe, weiß	Stk. von 55 Pf. an
Durchschläge	Stk. 1,25 M.
1 Satz Schmortöpfe mit Deckel (5 Stk.)	5,85 M.

Wäscheprenger, sehr praktisch, schon die Hand der Hausfrau Stk. 60 Pf.

Kaffeelöffel, gemittl., starke Qualität 1/2 Dg. 95 Pf.
 Eßlöffel in gleicher Ausführung Stk. 25 Pf.
 Milchschöpfel, rein Alu. Stk. von 45 Pf. an
 Gitterreben, das moderne Reiben Stk. 38 Pf.
 Stark verzinnte Kadeformen Stk. von 1,20 M. an
 Selbsthalter für Babenannen (Borsellan) Stk. 1,35 M.

Große Auswahl in anderen Wirtschafts-Artikeln!

J. G. Fritzsche. 5,85

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg

Aus dem Wahlkampf.

Staat oder Partei?

Der deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg begann seinen Wahlkampf mit einer Rede in Stendal, in der er u. a. ausführte: Vor einigen Tagen hat Macdonald einen Appell an seine Wähler gerichtet und gesagt: 'Meine Parteiverordnungen sind die besten Einflüsse unserer Nation in der Welt. Sie wären ein schwerer Schlag für die Schritte, die jetzt getan werden müssen. Deshalb rufen wir den Wählern zu: eine Nation braucht eine überparteiliche Regierung.' Diese Worte könnten zum deutschen Volke gesprochen sein. Das politische Problem für Deutschland kommt auf die Frage hinaus, ob wir den Staat oder die Partei wollen. Die Partei — das war das System der letzten 13 Jahre.

Wenn wir Deutschnationalen den neuen Kurs, der mit der Regierung Bayern eingeleitet wurde, bewußt unterstützen — trotz mancher personeller Besenken und trotz vieler Verwirrungen und Fehlschlüsse, die man im Lande der Regierung zur Last legt — dann tun wir das, weil wir uns bei der Frage, ob wir den Staat oder die Partei wollen, für den Staat entscheiden.

Wir sind nicht Gegner des Parlaments an sich, das als Kontrollorgan der Regierung eine große Bedeutung haben kann: Wir sind Gegner des Parlaments als Regierungsorgan. Wir sind auch nicht Gegner der Parteien an sich, sondern nur Gegner der im Parlamentarismus von Weimar begründeten Parteierfenschaft. In der Stunde der Not kann ein Volk nicht von Parlamentarismen leben, sondern nur von Männern, die die Verantwortung tragen.

geföhrt werden. Wirkliche Entscheidungen sind in Deutschland meist nur gegen ein Parlamentismehrheit erzielt worden.

Nicht Partei, sondern Staat, nicht Parlamentarismus, sondern verantwortliches Führertum. Dafür tritt die Deutschnationalen Volkspartei in den Wahlkampf. Die deutsche Zukunft gehört denen, die nicht Stagnation eines Parteigebietens sind, und die sich von den Strömungen parlamentarischer Demokratie frei gemacht haben. Heute scheiden sich noch einmal die Geister. Weil wir Deutschnationalen das wollen, was im Grunde das Volk erfordert, deshalb bin wir in Wirklichkeit die Bewegung der deutschen Zukunft.

Hüter in Nordbayern.

Auf einer Wahlversammlung in Nürnberg führte Adolf Hitler u. a. folgendes aus: Am 13. August habe er den Eintritt in das Kabinett Bayern in dem Bewußtsein der Verantwortung abgelehnt. Er habe nicht 13 Jahre geföhmt, um an die Stelle des nationalsozialistischen Bruderkriegs den bürgerlichen Klassenstaat zu setzen. Eine Umverteilung komme für den Nationalsozialismus nicht in Frage. Er könne kein Ideal nur verwirklichen, wenn ihm die Macht in Deutschland werde. Wenn Bayern behauptet, vom Schicksal zur Rettung des Vaterlandes beufen zu sein, so frage er den Kaiser, wo denn er und seine Helfer in den vergangenen 13 Jahren gewesen seien. Es gelte heute, den Kampf weiterzutragen, um die Millionen Nationalsozialisten neue Millionen heranzuföhren, bis endlich die Stunde reif sei für die Schöpfung des nationalsozialistischen Reichs.

Ein Jahr neun Monate Geföhngnis für den früheren General.

Sagen. Die Große Strafkammer des Saager Landgerichts föhnte nach vierjähriger Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den früheren Generaldirektor der Saager Strahnenbahn u. a. die Verurteilung des Angeklagten zu neun Jahren Geföhngnis und 10 000 Mark Geldstrafe erkannte.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Dann kam Hans Sagenheim, sie zum Tanz zu holen. Susanne konnte ihm nicht ausweichen, lag in seinem Arm, tanzte mit ihm.

Heiß sahen die gierigen Augen des jungen Mannes auf seine Tänzerin. Er war von neuem geföhrt durch die Schönheit dieser Frau. Herrgott, war dieses Weib schön geworden!

Damals, in Königsberg, hatte ihn das blaße, süße, unschuldige Mädel geföhnt, die wunderbaren, tieftraurigen Augen, in denen er erst allmählich die Glückseligkeit wahrgenommen.

Jetzt war aus diesem unschuldigen, schmalen Mädelchen eine elegante, wundervolle Frau geworden, deren Weiblichkeitsgefühl ihm nicht entfallen würde. ... Dann hätte man sie nicht einfach wegzwerfen brauchen. Dann hätte er sich gelohnt, sich weiter um sie zu kümmern.

Heiß presste er die Arme um Susannes Leib. Er fühlte jede Linie ihres herrlichen Körpers durch den haudbinnen Stoff des Kleides.

Und dieser Körper hatte einmal ihm gehört, ihm ganz zueig; diese Schultern, diesen Nacken hatte er geföhnt, in toller Leidenschaft, hatte sich an der Angst des unberührten Mädchens immer von neuem entzündet. In diesen schwarzen Haaren hatte er gewohnt, diese langen Finger hatten ihm geliebt.

Jetzt war sie damals gewesen, und er mußte sie immer wieder von neuem erobern, bis sie endlich, nach vielen Verwundungen, ihm geworden war.

Und doch ... dieses süße, unschuldige Mädelchen schien ein reineres Frauenzimmerchen geworden zu sein. Hatte sich den alten, reichen Peter Heiden geföhrt.

Das minderheitenfeindliche Genf.

Deutsche Agrarhändler werden verurteilt — Anrufung des Saager Gerichtshofes?

Auf der Sitzung des Völkerverbundes in Genf teilte der Berichterstatter für die Minderheitenfragen mit, daß der vom Rat angelegte Dreierausschuß nicht in der Lage gewesen wäre, die Arbeit über die Agrarbeschwerden des Deutlichums in Polen abzuschließen. Er beantragte, diese Frage auf die Märztagung vom 4. November zu verchieben. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Da die Arbeiten des Dreierausschusses infolge des umfangreichen Materials bisher nicht abgeschlossen werden konnten, ist von deutscher Seite dem Vorklagevorschlag zugestimmt worden. Die deutsche Vorklage wird aber selbstverständlich bis zu der nächsten Märztagung eingehend prüfen, ob der Bericht des Dreierausschusses die für die deutschen Interessen notwendigen Bestandteile enthält. Es handelt sich bekanntlich bei der deutschen Minderheitenbeschwerde um die weittragende Frage der Entwurzelung des deutschen Grundbesitzes in Polen. Unter neuen Umständen wird von deutscher Seite auf wichtige Punkte verzichtet werden. Sollte sich jedoch ergeben, daß der kommende Bericht des Dreierausschusses nicht den deutschen Interessen entspricht, so wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Johann eine Anrufung des internationalen Saager Gerichtshofes erforderlich wird.

Die geplante Milderung der Rentenföhzung.

Winterversicherung für die Arbeiterlosen.

Das Reichskabinett wird sich bereits jetzt mit den geplanten Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erlassenen Rentenföhzung beschäftigen. Die vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Vorschläge gehen bezüglich der Arbeiterlosenunterstützung dahin, für die Wintermonate (November 1932 bis März 1933) einen nach dem Familienstand gestaffelten Zuschlag zu den gegenwärtigen Unterstöhzungssätzen zu gewähren. Weiter ist geplant, die Sätze auszugleichen, die sich aus der verschiedenen Berechnung der Unterstöhzung nach Gemeindegröße und Ortstasse ergeben. Schließlich ist die Wiedereinföhierung gewisser Abschlägen der Arbeiterlosen vorgeschlagen. In welchem Umfang das Reichskabinett sich die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums zu eigen machen wird, bleibt abzuwarten. Ausschlaggebend für die Beschlüsse des Kabinetts in dieser Hinsicht dürften die finanziellen Auswirkungen der Rentenföhzung sein.

Kirchenwahlen ohne Parteipolitik.

Keine Verchiebung der Kirchenwahlen.

Der in Berlin veranordnete Kirchenrat, die seitende Föhnung der evangelischen Kirche der Altprotestantischen Union, hat die an ihn herangetragenen Wünsche, die für den November angelegten Kirchenwahlen wegen der Reichstagswahl zu verschieben, abgelehnt. Die Kirche dürfe erwarten und müsse fordern, daß in den Kirchenwahlen die kirchliche Verantwortung bei der Ausfüllung der Mandatstellen und bei der Ausübung des Wahlrechts erfüllt empfunden werde, um parteipolitische Gesichtspunkte fernzuhalten und die kirchliche Wahl allein nach dem Maßstab kirchlicher Erfordernisse durchzuführen. Der Kirchenrat hat eine dahingehende Mahnung an die kirchlichen Wähler beschlossen, die in den Gottesdiensten verlesen werden soll.

Förderung des Weinabfahes.

Zinsverbilligung und Kreditföhnung.

Entsprechend der Antündigung des Reichsministers Freiherrn von Braun in seiner Münchener Rede hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nunmehr die Grundzüge für eine Förderung des Abfahes der diesjährigen Weinerte und für eine Gleichrichtung der Lage der deutschen Wein in 1932 herausgegeben. Danach wird für die schnellere Aufnahme der diesjährigen Weinerte durch den Weinhandel eine Zinsverbilligungaktion durchgeführt, die sich in wesentlichen Punkten an die vorjährige gleiche Aktion anschließt. Statt Zinsverbilligung ist den Genossenschaften für die Entlagerung von Mosten und Weinen der diesjährigen Ernte ein Lagererlösausschuß genehmigt worden. Durch den Zuschlag werden sie in die Lage versetzt werden, wiederum in größerem Umfang einzulagern und damit den Winern die Möglichkeit zu geben, aus den Preisen der höherwertig überdiesigen Weine im nächsten Jahr Nutzen zu ziehen. Nach überschlägigen Berechnungen wird mit einer Entlagerung von 20 000 Föhden gerechnet.

Bei Fortdauer der Notlage des deutschen Weinzweigs hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die diesjährigen Zinsen aus den Weinzerkreditern, soweit sie an das Reich abzuführen sind, den Kreditnehmern erlassen und am 15. November fällige erste Rückzahlungsraten um je ein Jahr gestundet. Im übrigen wird die allgemeine Regulierung der Weinzukredite von der Reichsregierung im Benehmen mit dem deutschen Weinbau weiterbehandelt.

Gegen eine Kartellierung des Getreideabfahes.

Für Kontingenten und Zollschutz.

Der Zoll- und Handelspolitische Ausschuß des Reichslandbundes fahte folgenden einflussreichen Beschluß: 'Durch die Presse geht die Nachricht, daß von industrieller Seite wie von landwirtschaftlichen Einzelproduzenten auf Befestigung der Kontingentierungsmotivbedingten eine Kartellierung und Monopolisierung des Abfahes landwirtschaftlicher Produkte geföhrt wird. Die Kartellierung des Getreideabfahes, die zu nächst geföhrt wird, führt zwangsläufig zu gleichen Maßnahmen bei allen anderen wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und schließlich zu weitgehender planwirtschaftlicher Einschränkung von Anbau- und Veredelungsprodukten in Deutschland zugunsten des Auslands. Der Handelspolitische Ausschuß fordert hiermit dessen erneut und dringlich die autonome Festsetzung wirksamer Kontingentierung in Verbindung mit ausreichenden Zöllen.'

Der Dichter Herbert Gulenberg schwer verunglückt.

Von einem Auto überfahren.

Der Dichter Dr. Herbert Gulenberg wurde in Düsseldorf an der Kattelle Kaiserwerther Straße in dem Augenblick, als er einen Strafenabwagungen befeigen wollte, von einem Personenauto erföhrt, zu Boden geschleudert und überfahren. Mit schweren Kopfverletzungen und einer Beinverwundung wurde Gulenberg in Begleitung ihres Gatten bebracht, erlitt einen Verrenschuß und wurde in der Kaiserwerther Heim bebracht.

Die Verletzungen Gulenbergs sind ernst, Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Nach den polizeilichen Ermittlungen trifft die Schuld an dem Unfall einzig und allein den Autoföhrer, einen Kaufmannssohn aus Hagen in Westfalen.

gelitten, den Ansf der garten Brust freigeleibt. Da spürte sie schon den heißen Wind auf ihrem Körper — ein Schreientrang ließ ihre Kehle. Mit unempfindlicher Kraft konnte sie sich losreißen, ihm mit geballter Faust mitten ins Gesicht schlagen.

Widlich ließ er sie ganz frei, so daß sie taumelte. Mit einem Griff hatte Susanne das Kleid über die Schulter hinausgezogen und wollte davonlaufen.

Sagenheim vertrat ihr den Weg. Wutentbrannt raunte er ihr zu:

'Stille dich, mich zu reigen! Du geföhlt mir, ich muß dich befehen, hörr dich! Um jeden Preis. Ein Wort von mir, und du bist verloren. Oder glaubst du, Peter Seiden würde dich weiter seine Frau nennen, wenn er alles wüßte? Du hast allen Grund gehabt, ihm deine Vergangenheit zu verbergen. Nie wüßte er sonst die Herrin des Heidehofes geworden! Du hast es schlau und raffiniert genug angefangen.'

Und ich habe auch nichts dagegen, wenn du weiter deine Rolle spielst. Ich will nicht grausam sein, will dich nicht zugrunde richten. Nur, du mußt ein bißchen lieb zu mir sein, mußt mich erhören. Nicht heute und nicht morgen, ich lasse dir Zeit, dich wieder an mich zu gewöhnen. Aber dann ... dann mußt du wieder mit mir werden — hörr dich? Ich muß dich wieder befehen — ich verzerre mich nach dir. Du bist ja so wundervoll — ich muß dich haben!'

Sagenheim wollte sich aus neue auf Susanne föhren; sie wich entsetzt zurück, mit eroberten Händen. 'Ich lasse dir, mein Kind, mache keine Geföhnten! — Gut, ich werde warten; aber nicht zu lange ... das sage ich dir.'

Was meinst du, was der schöne Peter für Augen machen würde, wenn er die schönen Geföhnten erfährt, die sich in Königsberg abgepielt hatten? Und was es dann noch auf sich hätte mit dem Wohlleben, mit der Vergötterung der Nachbarschaft, mit all den anderen schönen Dingen?

Also, mein Kind, ich rate dir gut. Ueberlege dir alles ruhig und vernünftig; aber laß mich nicht aufzulange warten.' (Fortsetzung folgt.)

Allerhand Achtung! Ja, die heißen Wasser waren auch hier scheinbar tief...

Und wie sie angezogen war! Wie dieses weiße, schmutzige Schifftkleid ihre eigenartige, aufreizende Schönheit hob! Wie es sich um den schlanken Körper schmiegte!

Ganz heiß wurde es Hans Sagenheim, während er mit Susanne tanzte. Toll machte ihm diese Frau mit ihrer gutgespielten Unnahbarkeit. Toll machte ihn das Wehen ihres Körpers, das er leiste spürte.

Er mußte sie sprechen, allein — kostete es, was es wollte.

Er hielt plötzlich im Tanzen inne und zog die Frau mit einem zwingenden Griff in den Wintergarten. Bis sie in einer Wölg von Pfyanzen abgeschlossen, einsamen Ecke standen.

Starr stand Susanne da; sie atmete schwer in dem schmalen, heißen Raum.

'Susanne, einzige, herrliche Susanne! Endlich habe ich dich hier, allein, ohne all die anderen! Du hast mich die ganze Zeit über raufen gemacht mit deiner Schamheit. Sieh mich nicht so unnahbar an! Ich weiß ja, daß du anders sein kannst. Komm, küsse mich!'

Heiß und süßend kamen die Worte aus dem Munde des Mannes, immer dichter kam er auf Susanne zu, immer weiter wich sie zurück, bis sie an der Wand des Raumes angelangt war.

Mit fladernden Augen wollte er sie umfassen. 'Lassen Sie mich, auf der Stelle, oder ich rufe um Hilfe!'

'Oh, Liebes, ich will ja weiter nichts von dir als einen Kuß, meine verzehrende Sehnsucht zu stillen, du Süßes! Susanne hörte diese weiße, schmelzende Stimme, die sie früher schon befehrt hatte, die jetzt nicht die letzte Macht über sie hatte. Sie sah die begehrtlichen, schimmernden Augen dicht über sich, fühlte seine Hände an ihren Schultern.

Sie wollte sich freimachen, ohne die sie umklammernden Arme lösen zu können. Sie wand sich vor Ekel und Abscheu. Ihr Kleid war ihr im Kampfe halb von der Schulter

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis mit monatlich freierliegend.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Ergauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Vierserung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Genehmigungs-Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorte 7 Goldpf. für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf. im Reklameteil 30 Goldpf. einsch. Umhänge. Schwereiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. Halle.

Nr. 125.

Dienstag, den 18. Oktober 1932.

35. Jahrg.

Der Reichskanzler vor dem Handwerk.

Der Reichskanzler ist, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet kommend, wieder in Berlin eingetroffen. Er wird am 24. Oktober vor der Berliner Handwerkskammer eine Rede halten, in der er voraussichtlich auch auf den Hosen Brief zu sprechen kommen wird, den der frühere Reichstagspräsident Löbe im Vorwärts am Sonntag veröffentlicht hat.

Die nächsten Arbeiten des Reichskabinetts werden wohl erst im zweiten Teil der Woche stattfinden, da gegenwärtig mehrere Kabinettsmitglieder außerhalb Berlins sind: Reichsjustizminister von Schölerer, Reichsfinanzminister Graf Schwerin, Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Reichsinnenminister Freiherr von Seyditz. Im Finanzministerium finden gegenwärtig die Vorbereitungen zur Überleitung der Preußenkasse in den Mittelteil des Reiches statt. Reichsinnenminister Freiherr von Seyditz traf zu seiner Reise in die bayerische Pfalz in Hof ein. Aus München kamen der bayerische Innenminister Dr. Stöckel und der Vertreter des Reiches, Freiherr von Sersner. Außerdem hatten sich auch der Regierungspräsident von Dertingen, der Oberbürgermeister, die Leiter der Hofer Polizei und der Landespolizei sowie die Vorstände des Oberbezirksamtes eingefunden. Nachdem die Minister noch eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister gehabt hatten, wurde die Kasse mit zwei Straßwagen angeschlossen. Die ging über den Markt nach Schützenhof und Martineck zum Ministerpräsidenten über. Es war behauptet worden, daß die Kasse des Reichsinnenministers den Zweck verfolge, mit dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Aussprache über die Verfassungsfragen herbeizuführen. Das Reichsinnenministerium erklärt hierzu, daß die Beschäftigungsfrage des Reiches über den gesamten Reichsgebiet schon seit längerer Zeit mit der bayerischen Regierung vereinbart gewesen sei und daß infolgedessen die oben genannte Meldung nicht den Tatsachen entsprechen könne.

Kanzlerrede in Baderborn

Zu der überfüllten mehr als 6000 Personen fassenden Schützenhalle zu Baderborn sprach auf einer Tagung der Vereinigten Wirtschaftsverbände Baderborns und Umgebung Reichskanzler von Papen.

Der Reichskanzler ging zunächst auf den Wirtschaftspolitik ein und die Ziele der Wirtschaftspolitik ein. Der Kanzler sagte dabei u. a. Folgendes: Was wir wollen, ist ausgesprochene Mittelfristpolitik, ist ein wirtschaftlicher Wiederaufbau auf breiterer Grundlage. Nur so sind auch die Opfer zu rechtfertigen, die wir in Durchführung unseres Programms vom Lande fordern müssen.

Der Reichskanzler ging dann auf die Arbeitsbeschaffungsfrage ein und betonte die Wichtigkeit der Regierung. Arbeitsbeschaffungspläne, die aus dem starken Drang, zu helfen, entstanden sind, zu erfüllen. Eine Vorbedingung müssen aber alle vorge schlagenen Maßnahmen erfüllen: die Arbeiten müssen produktiv sein und dürfen Währungs- und Kredit nicht außer Spiel setzen. Der Kanzler wies dabei auf die Auftragserteilung durch die öffentliche Hand, Reich, Länder und Gemeinden sowie Reichsbahn und Reichspost hin und ferngeordnete dann die bereits in seiner jüngeren Rede erwähnte Geschäftsbeziehung und Entlastung des Arbeitsmarktes.

Übergehend zur sogenannten Vorkriegsbeschäftigung vom 5. September, betonte der Kanzler, daß die Schwierigkeiten, die zunächst entstanden, durch Zusammenwirken von Unternehmern und Regierung bereits zum größten Teil gelöst seien, je daß eine Überwindung des Wirtschaftskrisens nicht mehr zu befürchten sei. Der Kanzler wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Unternehmern, Arbeitern und Angestellten hin, da nur eine friedliche Durchführung des Wirtschaftsplanes die Möglichkeit gebe.

Die Arbeitsbeschäftigung für den Winter sowie gewisse Sozialleistungen zu erhöhen.

Der Kanzler behandelte dann handelspolitische Fragen. Der Streit um die Regelung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte stellte die Söldnerung der schweren Notlage der Landwirtschaft gegenüber, die zu der Notwendigkeit führe, die Einfuhr gewisser Lebensmittel einer Regelung zu unterwerfen. Gerade

Die Biermächtekonferenz noch völlig aussichtslos

In Berliner politischen Kreisen wird nach Lage der Dinge damit gerechnet, daß die Biermächtekonferenz auf Mitte November verschoben werden dürfte.

Diese Annahme stützt sich, wie verlautet, vor allem auf Gerüchte, die in Paris und London umlaufen. Die Meldung, daß die Engländer am Sonnabend in Berlin angetroffen hätten, ob die Ablehnung Genfs, das nachträglich auf Wunsch Herritts in seinen Vereinbarungen mit Macdonald als Tagungsort vorgeschlagen worden war, das letzte Wort der deutschen Regierung sei, trifft nicht zu. Vielmehr scheint es so, als ob man in London vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen will. Eine Besprechung zu zwei zwischen Macdonald und dem Reichsaussenminister oder dem Reichskanzler wird in Berliner politischen Kreisen für unabweislich gehalten. Die französische Außenpolitik hat bisher schon verfehlt und wird es auch weiterhin verfehlen, aus der Ablehnung Genfs als Tagungsort eine deutsche Schuldfrage zu konstruieren, obwohl Frankreich es gewesen ist, das erklärt hat, der Einladung der englischen Regierung zu einer Konferenz in London nicht folgen zu können. Es sei deshalb noch einmal daran erinnert, daß die Reichsregierung die Einladung Macdonalds nach London zu einer Besprechung der deutschen Gleichberechtigungsforderung im Rahmen einer Mächtekonferenz sofort bereitwillig angenommen hat.

Erfolg der Reichsregierung in Genf.

In dem geheimen Ausschuss der Völkerbundverammlung für die Reform des Genfer Völkerbundstatutats ist eine Einigung zustande gekommen, in der die deutsche Forderung über eine gerechte Verteilung sämtlicher Mitgliedschaften im Völkerbundstatutats angenommen worden ist.

Generalsekretär Dumanowski machte in der Sitzung des Ausschusses für die Reform des Völkerbundesamtes die Mitteilung, daß bei der neuen Einteilung der Arbeitsgebiete in Zukunft dem deutschen Untergeneralsekretär die Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung übertragen werden und die Zustimmung entspricht der deutschen Wünsche.

Ein Appell Macdonalds an De.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat in London eine bedeutende Rede über die Gleichberechtigungsforderung gehalten. Er betonte, daß die Völkerbundkonferenz etwas ganz Neues schaffen sollte, und nicht etwas, das nur

die Einfuhrkontingentierung

trifft den Verbraucher am wenigsten und nationale Produktion. Im Hinblick auf den des Auslandes gegen die Kontingentierung der Kanzler die Erwartung aus, daß die am Schwierigkeiten bald überwinden werden. Aufgabe einer jeden Reichsregierung die Grundproduktion des Landes als wirtschaftliche und materielle Lebensgrundlage zu sichern. Von diesen Gesichtspunkten der Reichsregierung auch bei ihren jüngsten Maßnahmen leiten lassen, die sie dem Reichspost schlägen wird: bei der Reorganisation der Postkasse und bei der Entlastung des Postverkehrs. Zum Schluss gab der Reichskanzler einen Hinweis auf die politische Lage. Eine Eingeweihter ist dazu, daß die Untertanen nach Möglichkeit bereit sind, die Lasten der Not zu tragen. Wir gehen daran, wir fassen die Lasten der Not zu tragen.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit einer

Wahnung an die Wirtschaftsführer, auf die große Erwartungen gelegt worden sind. Persönliche Verantwortung behält, nicht nur seinem eigenen Gewissen folgen, sondern auch dem Volke und seiner Regierung für alles wirtschaftliche zum verbindlichen. Jeder deutscher Staatsbürger befragt: Freiheit ist Dienst. In dieser Vorzeit ist nur eine politische Weltanschauung berechtigt, der Glaube an das deutsche Volk, der Glaube an das Deutsche Reich! Ihm gelten in dieser Stunde alle unsere Kräfte, unser Denken und Handeln und unser Gebet: „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“

mellen moralischen Scheitern der Welt gehört. Ich wünsche eine Verständigung, die ein wirksamer Beitrag zu dem Problem, den Frieden zu bereiten, ist. Das Schicksal unserer Politik ist nicht Wiederaufnahme, sondern Verständigung. Zu diesem Zusammenbau möchte ich sagen: Deutschland weiß sehr gut und hat es schon seit einiger Zeit gewußt, daß England sich

nicht dem deutschen Wunsch widersetzt, als gleichberechtigt auf der Abrüstungskonferenz betrachtet zu werden. Alles zielt auf die Notwendigkeit hin, eine allgemeine Vereinbarung über die deutsche Forderung zu sichern. Bei der Vorbereitung des zu erzielenden Abkommens sollte Deutschland einsehen, daß es anwesend sein muß, um mit uns allen in einen Meinungsaustausch zu treten.

Unter Wunsch ist, daß wir alle am Ende unserer Besprechungen wie eine Abordnung vor der Abrüstungskonferenz hingehen und sagen können: „Wir sind festgehalten. Es sind Dinge geschehen, die euch beunruhigen haben, vorwärtskommen. Wir sammeln machen nun diesen Beitrag zur Verständigung der Völker. Ich bedauere auf das Beste, daß Deutschland zwar seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Konferenz gezeigt, aber sich geweigert hat, nach Genf zu gehen aus Gründen, deren Substanz für mich schwierig zu entdecken ist. Ich hoffe ernstlich, daß Deutschland neues Wort nicht auch sein letztes Wort sein wird!“

Der neue Generalsekretär des Völkerbundes.

Am 1. vom Rat zum Generalsekretär ernannt.

Der Völkerbundrat ernannte in einer geheimen Sitzung einstimmig den gegenwärtigen stellvertretenden Generalsekretär Avenal zum Generalsekretär des Völkerbundes.

Die Wahl bedarf noch der Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung und wird auf der Ende November außerordentlichen Völkerbunderversammlung werden die beiden neuen Generalsekretäre (Stellen und einen Untergeneralsekretär) ernannt. Der Völkerbundrat wird auf der Novembertagung den über die Ernennung des Untergeneralsekretärs Bescheid geben, jedoch werden jetzt alle Generalsekretäre in Athen, Eisenlohr, für

Wahnsinn in Dortmund

Es geht darauf hin, daß es in Dortmund und nachvollsten Industriebezirk, wo aus allen Verhältnissen Energien deutschen Gründungsbegeisterung und deutscher Familienwürde. Hier ist, so bester Ort, wo ich über die wirtschaftliche Einheit der deutschen und Unternehmer sprechen kann. Ich wünsche, daß die Völkerbundkonferenz ihren Ausführenden über

die Auftragserteilung

Es geht darauf hin, daß diese in erster Linie dort die Wirtschaftsinformation Ausnahme allgemein durchschmitt zu sein in der Stadt Dortmund auf die 18. Oktober 1932 auf 72 - der Bevölkerung - geht, während die gleiche Ziffer für das ganze Reichsgebiet 33 beträgt, so zeigt das mit grauerem Deutlichkeit das Elend dieser Stadt.

Darum wird in Fällen dieser und ähnlicher Art versucht werden müssen, die Auftragserteilung der öffentlichen Hand, soweit irgend möglich, der Vorkriegszeit wiederholend zu machen. Der Reichskanzler ging dann noch auf die Frage der Preisbildung ein. „Ich möchte nicht den geringsten Zweifel darüber lassen“, erklärte der Reichskanzler, „daß die Reichsregierung keinerlei unangenehme Preissteigerung zulassen wird. Sie wird jeden Versuch in dieser Richtung unmissverständlich unterbinden.“

